

Energie-Control Austria

z.H. Regulierungskommission der E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: Martin.Graf@e-control.at
Walter.Boltz@e-control.at

Graz, am 21. November 2011
EW - 64 - TR/SI

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012) Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit als Vertreterin der kleinen und mittelgroßen EVU in Österreich eine Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf einer „*Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012)*“, abgeben zu dürfen.

1. Höhe der Systemnutzungsentgelte

Hinsichtlich der Höhe der Netznutzungsentgelte wurden wir von einigen Unternehmen mit einer Netzaufgabe von mehr als 50 GWh, die in diesem Jahr von ECA „geprüft“ wurden und deren Kostenbasis in die Tarifierung Eingang gefunden hat, darauf aufmerksam gemacht, dass einige Kostenpositionen unrichtiger Weise nicht berücksichtigt wurden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Teile von Personalkosten. Insbesondere dann, wenn aufgrund des EVU-Kollektivvertrages höhere Löhne und Gehälter als ein „fiktiver Branchen- oder Landesdurchschnitt“ nachweislich an die Mitarbeiter ausgezahlt wurden.

Wir halten diese Vorgehensweise für diskriminierend und rechtswidrig insbesondere deshalb, weil die betroffenen Unternehmen verpflichtet sind, die kollektivvertraglich vereinbarten Löhne und Gehälter zu bezahlen!

Wir wurden von der Energieversorgung Kleinwalsertal GesmbH darüber informiert und ersucht darauf hinzuweisen, dass der Tarif für dieses Unternehmen im Jahr 2012 jenem des Jahres 2011 entspricht. Dies trotz des Ermittlungsberichtes der ECA vom 15.7.2011, wo eine Anpassung der Netzentgelte für 2012 um Ausmaß von +0,8 % und der Netzverluste von +6 % vorgesehen ist. Wir ersuchen die Behörde die entsprechenden Tarife für den Netzbereich Kleinwalsertal für das Jahr 2012 entsprechend anzupassen.

2. Tarifstruktur

In den vergangenen Jahren haben erfreulicherweise die dezentralen Einspeisungen bei vielen Netzbetreibern – insbesondere durch Wind- und Photovoltaikanlagen – zugenommen. Durch diese dezentral erzeugten erneuerbaren Energien haben Kunden verstärkt die Möglichkeit, sich selbst mit umweltfreundlicher und CO₂ neutraler Energie zu versorgen oder die lukrativen Einspeisetarife in Anspruch zu nehmen.

Wir unterstützen diese Entwicklung grundsätzlich, erlauben uns aber festzuhalten, dass Kunden, die es sich „leisten können“ in derartige Erzeugungsanlagen zu investieren, weniger elektrische Energie aus dem öffentlichen Netz beziehen. Dies führt andererseits dazu, dass jene Kunden, die „es sich nicht leisten können“ in solche Erzeugungsanlagen zu investieren, verstärkt die Vorteile der Investierenden in Form von höheren Netzentgelten bezahlen müssen. Durch diese Systematik werden insbesondere Photovoltaikanlagen zusätzlich zum Ökostrombeitrag auch noch indirekt über die nicht sachgerechte Verschiebung der Tarifkomponenten gefördert.

In diesem Zusammenhang muss sichergestellt werden, dass durch die politischen Bestrebungen nach einer Förderung der erneuerbaren Energie die für die Netzbetreiber energiewirtschaftlich notwendigen Tarifstrukturen nicht konterkariert werden.

Als weiteren Punkt möchten wir anmerken, dass „kleine“ dezentrale Einspeiser nur eine sehr geringe Energiemenge für den Eigenverbrauch aus dem Netz beziehen, aber gleichzeitig enormen betrieblichen Zusatzaufwand verursachen und die Kosten für den Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur stark ansteigen.

Daher stehen wir aus Gründen der Nichtdiskriminierung auf dem grundsätzlichen Standpunkt, dass die Leistungskomponente auch in der NE 7 zukünftig viel stärker betont werden muss.

Wir regen daher an, dass das Tarifsysteem dahingehend angepasst wird, dass die Leistungskomponente/Jahresfixpauschale schrittweise erhöht und der Arbeitspreis entsprechend stärker verändert wird.

3. § 1 Regelungsgegenstand und § 3 Gemeinsame Vorgaben für Netznutzungs- und Netzverlustentgelt

Obwohl die SNE-VO 2012 lt. § 1 „Vorgaben hinsichtlich der Netzebenenanzuordnung der Anlagen“ enthalten sollte, sind diese Vorgaben in § 3 in Form der Eigentumsgrenzen für Netzebenen 4 bis 7 nicht mehr enthalten.

Die entsprechenden Regelungen in der bisherigen Form haben sich bewährt und sollten daher jedenfalls wie bisher beibehalten werden.

4. § 5 Abs. 4 Besondere Vorschriften für temporäre Anschlüsse

Hier wird in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Z 3 festgelegt, dass das Netzzutrittsentgelt für einen Netzanschluss an einen bereits vorhandenen Anschlusspunkt 25,00 € nicht überschreiten darf. Dass für einen temporären Anschluss an einen vorhandenen Anschlusspunkt der gleiche Verrechnungssatz gelten soll wie für eine Wiedereinschaltung, ist aus Gründen der Gleichbehandlung nachvollziehbar, allerdings ist der festgelegte Satz nicht kostendeckend (s. § 11).

5. § 9 Z 12 Arten der Messung, „Tarifschaltung“

Die Definition, wonach eine Tarifschaltung eine Zusatzfunktion zur Aktivierung und Deaktivierung der Messung bei unterbrechbaren Anlagen, sowie zur Tarifschaltung bei

Doppeltarifzählung ist, ist technisch unrichtig: unterbrochen wird nicht die Messung, sondern die Stromversorgung. Wir ersuchen um Richtigstellung.

6. § 4 Abs. 1 Z 1 Bruttokomponente

Es ist auffallend, dass neben der nominalen Erhöhung der Bruttokomponente auch die Berechnungsgrundlage ohne Grund und ohne jegliche Vorinformation geändert wurde. Mit der Umstellung der Berechnungsbasis von bisher „in das Verteilernetz eingespeister elektrischer Energie abzüglich Netzverluste“ auf „Entnehmer pro Zählpunkt“ werden insbesondere jene Netzbetreiber über Gebühr belastet, die mit einer Gesamtabgabe von weniger als 50 GWh als nicht „geprüft“ angesehen werden.

Wie oben dargestellt, trifft diese Neuregelung insbesondere die „ungeprüften“ Unternehmen, weil die „geprüften“ Netzbetreiber „ausreguliert“ sind und die Bruttokomponente in der Berechnung der AGZ berücksichtigt sind.

Diese Zusatzbelastung der geänderten Berechnungsbasis der Bruttokomponente, zusammen mit den Tarifsenkungen der übrigen Netznutzungsentgelte belastet zahlreiche „ungeprüfte“ Unternehmen über die Maßen. Nach ersten Rückmeldungen einiger Mitgliedsbetriebe müssen wir daher davon ausgehen, dass sich mehrere Unternehmen in verschiedenen Netzbereichen „prüfen lassen“ werden.

Wir sprechen uns vehement gegen die gewählte Vorgehensweise aus, weil sie auch unserer Ansicht nach gegen den Grundsatz der Rechtskonformität bzw. gegen den verfassungsrechtlich geschützten Vertrauensgrundsatz verstößt! Aus diesem Grund behalten wir uns eine mögliche Anfechtung der SNE-VO 2012 vor!

7. § 11 Bestimmung von Entgelten für sonstige Leistungen

Mit der Einführung von Entgelten für sonstige Leistungen wurden erstmals Höchstpreise für bestimmte Leistungen festgelegt. Aus diversen Rückmeldungen unserer Mitgliedsbetriebe haben wir erfahren, dass diese Werte teils weit unter den tatsächlichen Kosten für die genannten Leistungen liegen. Sollte die Behörde der Ansicht sein, entsprechende Entgelte der Höhe nach per Verordnung festlegen und den Verursachern in Rechnung stellen zu müssen, dann sollten die Werte auch die tatsächlichen Kosten der Netzbetreiber abdecken! Sonst würde wieder ein Teil der tatsächlichen Kosten über die Netzentgelte solidarisiert werden und jene Netzkunden treffen, die keine sonstigen Leistungen in Anspruch nehmen.

Weiters erlauben wir uns dazu festzuhalten, dass die „Entgelte für sonstige Leistungen“ nicht in den bisher abgeführten Tarifverfahren berücksichtigt bzw. deren Höhe in Form eines Bescheidverfahrens festgestellt worden sind. Aus unserer Sicht widerspricht diese Vorgehensweise eklatant bestehenden Rechtsgrundsätzen und halten wir die „amtswegige“ Bestimmung ohne Bescheid mäßiges Verfahren für rechtswidrig!

Grundsätzlich erlauben wir uns aber auch festzuhalten, dass viele Netzbetreiber in der Vergangenheit – dadurch, dass es keine Festlegung von Entgelten für sonstige Leistungen nach der Höhe und der Art gegeben hat – flexibel auf die finanzielle/soziale Situation von Kunden Rücksicht nehmen konnten. Mit der nunmehrigen Festlegung wird dieser Handlungsspielraum deutlich zu Lasten der betroffenen Kundengruppen eingeschränkt bzw. aufgehoben!

Dazu kommt noch, dass die Rechtslage des § 51 EIWOG im Zusammenhang mit § 58 EIWOG nicht eindeutig ist, weil § 58 EIWOG die Möglichkeit vorsieht, dass „Leistungen, für die von der Regulierungsbehörde im Rahmen der Verordnung keine Entgelte festgelegt werden, von Netzbetreibern verrechnet werden können, insbesondere wenn sie im Rahmen

ihrer Tätigkeit als Netzbetreiber erbracht wurden und nicht von den Systemnutzungsentgelten abgedeckt sind“.

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum die erste Mahnung mit 0,- € festgelegt werden soll obwohl bereits beim ersten Mahnlauf definitiv Kosten beim Netzbetreiber entstehen. Aus unserer Sicht muss das Entgelt für die „erste Mahnung“ und für „jede weitere Mahnung“ mit mindestens € 6,- sowie die „letzte Mahnung gem. § 82 Abs. 3“ mit mindestens € 10,- festgelegt werden, um kostendeckend zu sein.

Wir schlagen deshalb vor, zumindest die derzeitigen Verrechnungspreise der einzelnen Netzbetreiber für das Jahr 2012 aufrecht zu erhalten. Die Bestimmung des Entgelts für sonstige Leistungen soll ausschließlich auf der Grundlage des Kostenermittlungsverfahrens vorgenommen werden. Sollte die Bestimmung der Entgelte für sonstige Leistungen nicht auf Grundlage der gesetzlich vorgesehenen Kostenermittlung erfolgen, behalten sich die Netzbetreiber im Hinblick auf die o. a. Rechtswidrigkeit die Prüfung der rechtlichen Bekämpfung der SNE-VO 2012 vor.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen von Oesterreichs Energie zu § 11 SNE-VO 2012.

8. § 13 Ausgleichszahlungen

Wir wurden von einigen Mitgliedsbetrieben darüber in Kenntnis gesetzt, dass die errechneten und im VO-Entwurf angeführten Ausgleichszahlungen der Höhe nach unrichtig sind und nach Rücksprache mit ECA überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Wir gehen daher davon aus, dass diese Richtigstellungen auf „kurzem Wege“ in den vorliegenden VO-Entwurf Eingang finden werden.

Hinsichtlich der Abwicklungsstelle der Ausgleichszahlungen erlauben wir uns festzuhalten, dass es in der Vergangenheit verschiedene Systeme der Abwicklung von AGZ gegeben hat, die auch künftig beibehalten werden sollen. So wurde in Oberösterreich eine Verrechnung über den Landesversorger gewählt, wo hingegen in der Steiermark E-Control als „Drehscheibe“ zuständig war.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass – insbesondere, wenn eine Behörde die Abwicklung der Ausgleichszahlungen überwacht – die betroffenen Unternehmen eher die auferlegten Zahlungen erfüllen. Für den Fall, dass eine treuhänderische Abwicklung angestrebt wird, erlauben wir uns anzumerken, dass dadurch zusätzliche Kosten und möglicherweise ein erhöhter Verwaltungsaufwand entstehen, die möglicherweise durch Tätigkeit der Behörde abgedeckt werden könnte.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn E-Control Austria die Treuhandfunktion als Abwicklungsstelle für interessierte Netzbetreiber anbieten würde.

Bei Durchsicht der als Ausgleichszahlungsempfänger und Ausgleichszahlungszahler angeführten steirischen Unternehmen ist uns aufgefallen, dass die Pichler Werke und die Überlandstrom GmbH nicht angeführt sind obwohl ihre Netzabgabe 50 GWh im Jahr 2008 ohne Zweifel überstiegen hat und sie ebenfalls einer Kostenprüfung in diesem Jahr unterzogen wurden. Wir sehen daher die Notwendigkeit die entsprechenden Werte dieser Unternehmen ebenfalls in die VO aufzunehmen und die AGZ der Stromnetz Steiermark GmbH anzupassen.

Nachdem die SNE-VO offensichtlich auch die Netzkunden über die Höhe der zu zahlenden bzw. der zu empfangenden Ausgleichszahlungen informieren soll, muss sichergestellt werden, dass alle geprüften Unternehmen die etwas aus dem AGZ-Topf bekommen oder etwas in ihn einzahlen, richtig und vollständig angeführt werden!

Wir gehen davon aus, dass es sich beim Fehlen dieser Unternehmen in der vorliegenden Verordnung um ein Versehen und nicht um eine diskriminierende bzw. „Vorteil verschaffende Vorgehensweise“ handelt.

Weiters ist uns bei Durchsicht der Ausgleichszahlungsempfänger und der Ausgleichszahlungszahler im Netzbereich Oberösterreich aufgefallen, dass einige „geprüfte Unternehmen“ mit einer Netzaufgabe von weniger als 50 GWh nicht angeführt sind. Diese Unternehmen sind ebenfalls im System „AGZ klein“ in OÖ enthalten. Fallen diese Unternehmen unter einen Schwellenwert oder wurde auf sie vergessen?

Wir ersuchen um Klarstellung warum diese Unternehmen nicht angeführt sind. Der Vollständigkeit halber und auch für den Fall, dass sie weder AGZ-Zahler noch AGZ-Empfänger sind, ersuchen wir um Anführung dieser Unternehmen in der VO mit einem AGZ-Wert von € 0,-

Abschließend weisen wir noch auf die ergänzenden Anmerkungen zum Entwurf der SNT-VO 2012 in den Einzelstellungnahmen unserer Mitgliedsunternehmen hin, mit dem Ersuchen, diese in die Verordnung aufzunehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit eine Stellungnahme abgeben zu dürfen und stehen für etwaige Rückfragen oder ein persönliches Gespräch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Roland Tropper', with a stylized flourish at the end.

Mag. Roland Tropper
Geschäftsführer